

Videokonferenz der Sprecher*innen der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz (SKK) am Mittwoch, dem 17. April 2024 von 10.00 bis 12.00 Uhr (Ergebnisprotokoll)

Tagesordnung:

1. Verständigung zum kommunalpolitischen Papier (nach der MV 2.3.2024 überarbeitete Fassung)
2. Berichte aus den Ländern
3. Arbeitsplanung
4. Sonstiges

Top 1: Verständigung zum kommunalpolitischen Papier

Das vorliegende **Positionspapier zu linker Kulturpolitik in den Kommunen** wurde als gute Arbeitsgrundlage bewertet und **mit einer Ergänzung zu Musikclubs** in der Stadtplanung **einstimmig beschlossen**. In Top 15 des Papiers wurde eingefügt: „Auch Räume für Musikclubs zu bezahlbaren Mieten und mit gewissen Lautstärkepotenzialen sind in die Prozesse von Stadtplanungen unbedingt einzubeziehen. Sie beleben Innenstädte und bedürfen daher besonderer Berücksichtigung in der Stadtplanung.“

Es ist somit ein **offizielles Papier der SKK, soll als Arbeitsgrundlage für linke Politiker*innen in den verschiedenen Gremien dienen**. Alle sind gebeten, es so weit wie möglich auch über die Partei hinaus zu verbreiten. Der Wunsch ist, dass die Anregungen aus diesem Papier aufgegriffen werden, und es entsprechend der spezifischen Bedingungen in den Ländern und Kommunen weiter entwickelt und genutzt wird. Das Papier wird auf die Seiten unserer Bundesarbeitsgemeinschaft ins Netz der LINKEN gestellt. Unser Ziel ist, dass es auch der Parteivorstand als Positionspapier verabschiedet. Dazu nehmen wir Kontakt mit dem geschäftsführenden Vorstand auf.

Top 2 Berichte aus den Ländern und Fraktionen

In den Berichten aus den Ländern wurden nachfolgende Probleme angesprochen, die wie die Debatte zeigte, mehrheitlich nicht nur das jeweilige Land betrafen:

Erhalt von Musikclubs in den Innenstädten; Unterschätzung von Kultur und Kulturpolitik und ihres Wertes für die Demokratie, Schwierigkeit höhere Kulturausgaben in Haushaltsverhandlungen überzeugend zu begründen; Kommodifizierung - Kommerzialisierung bzw. „zur Ware-Werden“ von kulturellen Einrichtungen und Orten; Widerspruch zwischen Notwendigkeit zur Eigenerwirtschaftung von Mitteln und ihrem kulturellen und gemeinnützigen Anspruch, vor allem der Umsetzung des Anspruchs „Kultur für Alle“; Schwierigkeit Bibliotheken als „dritte Orte“ zu etablieren, Auseinandersetzung um Sonntagsöffnung der Bibliotheken, aus kultureller Sicht sehr sinnvoll, Lösungen möglich bei Einbeziehung der Beschäftigten; Urteil des Bundessozialgerichts zu Honorarkräften in Musikschulen mit verheerenden Folgen, da die Kommunen die finanzielle Mehrbelastung durch Festanstellungen nicht tragen können.

Als wichtiges **übergreifendes Problem** wurde das der **Kulturfinanzierung als freiwillige Aufgabe in den angespannten Haushaltssituationen** und der Anerkennung des Wertes von

Kultur zum Erhalt demokratischer Strukturen ausgemacht, dazu sollte in nächster Zeit ein Papier ausgearbeitet werden.

Als noch dringlicher wurde die Fragestellung bewertet, was zu tun ist, wenn die AfD Kulturministerien in den Ländern besetzt? Was wird dann aus der Kultur? Dazu wollen wir uns in nächster Zeit verständigen. In Vorbereitung wird von einer kleinen Gruppe ein Papier erarbeitet. Zur Beratung sollten wir uns auch einen externen Sachverständigen einladen.

Im **Bundestag** liegt der **Entwurf eines Rahmenkonzepts zur Erinnerungskultur** vor, das im Verlauf des Jahres in den Gremien diskutiert werden wird (der genaue Zeitpunkt ist noch nicht klar). Von Verbänden liegen kritische Stellungnahmen dazu vor. Wir sollten uns in einer der nächsten Videokonferenzen der SKK mit dem Konzept befassen und eine Position dazu beziehen. Der Entwurf und die Stellungnahme der Gedenkstätten geht allen per Mail zu.

Nach der Auflösung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat sich die Gruppe konstituiert. Die Arbeit bleibt schwierig. Ob und wie nach dem Wegfall der Stelle der Referentin das Feld der Kultur- und Medienpolitik bearbeitet wird, ist noch nicht klar. Jan Korte ist aber weiter Obmann im Kulturausschuss und sie versuchen die Aufgaben im Büro nach Kräften wahrzunehmen. **Probleme bei der Umsetzung von Mindesthonoraren im Kulturbereich** gäbe es namentlich für kleinere Veranstalter, so wurde es vom Bundesverband der Konzert und Veranstaltungswirtschaft e.V. an sie herangetragen.

Top 3 Arbeitsplanung

Noch vor der Sommerpause ist eine nächste Videokonferenz der Sprecher*innen der LAGs und Fraktionen geplant. Das Thema ist je nach Zeitplan im Bundestag zunächst eine Diskussion des Rahmenkonzepts zur Erinnerungskultur oder die Perspektive der Kulturpolitik in der Ländern bei entsprechenden Wahlerfolgen der AfD. Zur Terminfindung geht allen ein Doodle zu.

An **Papieren zu den Themen Kulturfinanzierung, Kulturpolitik und AfD, sowie Erinnerungskultur** wird zwischenzeitlich gearbeitet.

Top 4 Sonstiges

Hinweis auf **75. Jahrestag des Grundgesetzes** in diesem Jahr und entsprechende Veranstaltungen

Wachstumsprobleme in Brandenburg durch Zuzug, die auch die Grundversorgung (Strom und Wasser) betreffen

Bitte an die BAG sich bei der Bundesgeschäftsstelle dafür einzusetzen, dass **Gipsabdrücke von allen Bronzetafeln des KL-Hauses** genommen werden, um diese zu sichern.

f.d.R. Annette Mühlberg und Magdalena Depta-Wollenhaupt (21.04.2024)